

Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 287 November 2006

Herausforderungen für den Kosovo und seine Zivilgesellschaft

Der Kosovo, seit 1999 unter der Aufsicht der Vereinten Nationen, aber offiziell noch eine Provinz Serbiens, möchte nun endgültig seinen politischen Status festlegen. Das wird eine lang erwartete Antwort auf eine fundamentale Frage zu seiner Zukunft sein, aber auch neue Möglichkeiten und Herausforderungen für die Verbesserung der Sicherheit und des Rechts mit sich bringen. Von der Europäischen Union wird erwartet, dass sie eine Hauptrolle in der Begegnung mit den Herausforderungen und in der Gestaltung übernimmt.

Die von der UN arrangierten Verhandlungen zwischen Pristina und Belgrad über den zukünftigen Status des Kosovo sind nicht entscheidungskräftig, da die Majorität der albanischen Bevölkerung des Kosovo die volle Unabhängigkeit fordert und die Serbische Regierung der Provinz nur einen hohen Grad von Autonomie zugesteht. Die Konfliktparteien erwarten nun, dass die Lösung ein sorgfältig ausgehandelter, aber keinesfalls von dem UN-Sicherheitsrat erzwungener Kompromiss sein sollte.

Der Pessimismus und die Enttäuschung der Kosovo-Albaner sind angesichts der nur sehr langsamen Entwicklung, der hohen Arbeitslosigkeit und der mangelnden Sicherheit über die Jahre hinweg gestiegen. Sie haben hohe Erwartungen zur Lösung des Problems des endgültigen Status des Kosovos entwickelt und sehen das als ein Allheilmittel für die allermeisten Probleme. Es besteht ein hohes Risiko, dass sich die Frustration intensivieren könnte, wenn die Bürger realisieren, dass dieser Kompromiss nur die Verantwortlichkeit für die Adressierung der sehr ernststen und schwierigen Probleme ändert, aber nicht ihre Heilung.

Von der EU wird erwartet, eine Führungsposition bei der internationalen Präsenz zu übernehmen, nachdem der Status des Kosovo geklärt und die Verwaltungsmission der UN beendet ist. Es wird nun die Mission eines Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsplans vorbereitet, welcher besonders ausgerichtet ist auf die Polizei, die Justiz und den Strafvollzug. Ein internationales zivildienstliches Amt unter Mitarbeit eines speziellen EU-Vertreters werden vorbereitet, obwohl von der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation erwartet wird, weiterhin für die Sicherheit auf diesem Territorium in Zusammenarbeit mit der 7000 Mann starken Polizeitruppe des Kosovo zu sorgen.

Das ist die anspruchvollste Mission, welche die EU bisher vorzubereiten hatte, und die Herausforderungen waren zahlreich und komplex. Eine davon, welche von besonderem Interesse für solche Organisationen wie QCEA und Saferworld sind, ist die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der EU-geführten internationalen Präsenz und der Zivilgesellschaft des Kosovo. Das ist besonders wichtig auf dem Gebiet der Sicherheit, wo sowohl ein großes Bedürfnis nach einer gut informierten Debatte über Pläne und geplante Reformen besteht, welche den Ansichten der Bevölkerung Rechnung tragen, als auch einer

Zivilgesellschaft, welche sich in Debatten und Beobachtungsprozessen engagiert. Zu oft wurde im Kosovo die Zivilgesellschaft bei wichtigen Sicherheitsreformen außen vor gelassen, und die zukünftige von der EU geführten internationale Präsenz sollte diese zukünftige Einbeziehung sicherstellen.

Auf einer zurückliegenden Konferenz in Helsinki zur Kooperation zwischen der Zivilgesellschaft und dem zivilen Krisenmanagement der EU riet Saferworld dazu auf, die EU-Präsenz zu erhöhen, und schlug eine engere und effektivere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft vor. Es wurde gleichzeitig erwähnt, dass die Organisation zu einer Strategie rate, um die tägliche Sicherheit der einfachen Leute durch lokale Initiativen zu verbessern. Einige Jahre lang haben Saferworld und sein Partner im Kosovo, das Forum für Zivile Initiativen (FIQ) an einer Reform der Kleinwaffenkontrolle und des Sicherheitssektors und einem Zugang dazu vom Kosovo aus gearbeitet. Vor kurzem hat sich die Partnerschaft stärker ausgerichtet auf die Entwicklung neuer Ansatzpunkte zur kommunalen Sicherheit auf dem „Graswurzel-Level“. Dieser Zugang bezieht die NGOs des Kosovo mit ein in die Aufgabe, für die Kommunen, ihre Sicherheitsprobleme zu analysieren und dann Maßnahmen daraufhin zu planen und zu ergreifen.

Der Erfolg dieser Vorgehensweise enthält auch Lehren für andere, die sich auf diesem Gebiet bemühen. Die EU sollte den Vorteil kleiner Community-Entwicklungsprojekte zur Sicherheit im Kosovo berücksichtigen. Diese Herangehensweisen bieten genug Flexibilität, die Arbeit von Kommunen gleich welcher Art und Priorität zu unterstützen, egal ob sie sich auf die Linderung der Armut, auf die Gesundheit oder auf die Sicherheit und den Schutz beziehen. Die Kommunen sehen diese Zugänge oft in ihrer Verbindung und es ist manchmal erst ein sichtbarer Fortschritt an einer Stelle nötig, bevor genug Vertrauen entstanden ist, um an einer anderen ansetzen zu können. Die mögliche Rolle für die Zivilgesellschaft des Kosovo, solche Initiativen und eine derartige ansteigende Wachheit zu erreichen, ist eine sehr wichtige.

Saferworld und FIQ nehmen derzeit diese und andere Vorgehensweisen (z.B. Kleinwaffenkontrolle sowie eine stärkere Entwicklung der Kapazität der Zivilbevölkerung bei der Reform des Sicherheitssektors) unter ihre Schirmherrschaft, die den Namen „sicherer Ort“ trägt. Dieses Programm von Aktivitäten zielt auf die Ausbildung der Kapazität und Befähigung der örtlichen Zivilgesellschaft im Hinblick auf Friedens-, Konflikt- und Sicherheitsgesichtspunkte, wobei auch Forschung und weitere Unterstützung wichtig sind.

Im Hinblick auf die Herausforderungen der Politik und der Sicherheit wird es sehr wichtig sein, die Kapazität der NGOs des Kosovo zu stärken, indem öffentliche Debatten über Zugänge von örtlicher oder nationaler Bedeutung geschaffen werden und indem sie ihre Rolle als öffentliche Beobachter und Unterstützer des Wandels praktizieren.

Jerome Mellon, Projekt-Koordinator Saferworld, Südost-Europa
Übersetzung: Jutta Fauer

Elfte Internationale Friedenssteuerkonferenz

Die elfte Internationale Konferenz über den Widerstand gegen die Kriegssteuer und über Friedenssteuerkampagnen unter dem Thema „Verantwortung“ fand vom 26. bis

29. Oktober in Woltersdorf bei Berlin statt. Sie wurde vom Deutschen Netzwerk Friedenssteuerinitiative organisiert, und es kamen rund 60 Teilnehmer, darunter Vertreter aus Europa, Kanada, den Vereinigten Staaten, Nepal, Eritrea, Ghana und Indien.

Die Konferenz ermöglichte den Teilnehmern, von Vertretern aus solchen Gebieten zu hören, die besonders von Konflikten betroffen sind und von Ländern, in denen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung noch nicht anerkannt wird. In den ersten Konferenzsitzungen diskutierte die Gruppe hauptsächlich über die jüngsten Kriege im Irak und in Afghanistan, aber die Berichte der Teilnehmer wiesen die Konferenz auch auf das wachsende Problem der Kleinwaffen und Landminen im gesamten Afrika hin. Sie betonten besonders, wie viele verschiedene Formen von „Krieg“ es gibt und die Vielfalt von Konflikten, die von öffentlichen Steuergeldern angeheizt werden können.

Die Konferenz lieferte auch neueste Angaben über den Fortschritt des Widerstandes gegen Kriegssteuern rund um den Globus. Zur Zeit werden aktive Fälle an den nationalen Gerichtshöfen in Großbritannien, Deutschland und den U.S.A. verhandelt. Andere Länder sind vielleicht nicht so gut dran, dass sie die Freiheit haben, ihre Steuern auf diese Weise zu verweigern; in einigen drohen hohe Geld- und Gefängnisstrafen. Verschiedene Arbeitsgruppen gaben den Teilnehmern die Möglichkeit, ihre Gefühle, Hoffnungen und ihre Sorgen um die zukünftige Richtung der Friedenssteuerbewegung auszusprechen. Die Konferenz diskutierte und beschloss den Entwurf einer Erklärung, der das Menschenrecht sowohl auf die direkte als auch auf die indirekte Kriegsdienstverweigerung ausdrückte. Es wurde auch beschlossen, dass eine Website mit der Auflistung der wichtigsten Argumente für und gegen die Friedenssteuer eine nützliche Vorbereitung sein könne für alle, die ihren Abgeordneten über diese Fragen ansprechen möchten, und eine Gruppe von Teilnehmern erklärte sich bereit, diese Argumente zusammenzustellen.

QCEA hat bereits vier Informationsschriften über die Friedenssteuer im Zusammenhang mit dem Europarat verfasst, einschließlich einer unter dem Titel „Häufig gestellte Fragen zur Friedenssteuer“. Diese Informationsschriften sind in Englisch und Französisch verfügbar unter [http://www.quaker.org/qcea/briefings/peace tax/index.html](http://www.quaker.org/qcea/briefings/peace%20tax/index.html).

Die nächste CPTI - Conscience & Peace Tax International (Gewissen und Friedenssteuer International) Konferenz wird 2008 in Großbritannien stattfinden.

Sarah Barnett

Übersetzung: Christel Wieding

Frieden schaffen - welche Rolle spielt Europa dabei?

Vom 20.-22. Oktober 2006 veranstaltete QCEA gemeinsam mit dem Genfer Büro der Quäker für die Vereinten Nationen (QUNO) und mit Quaker Peace and Social Witness (QPSW, etwa: Quäker-Ausschuss für Frieden und soziales Zeugnis) ihre alle Jahre stattfindende Konferenz. Das Thema war "Frieden schaffen - welche Rolle spielt Europa dabei?".

Wir hatten das Glück drei exzellente Hauptredner und eine Anzahl bewanderter Workshop-Moderatoren zu haben. Das Folgende soll Lesern von *Around Europe* einen

Geschmack von der Konferenz vermitteln und Appetit auf die vollständige Publikation Anfang 2007 machen.

Carne Ross: "Diplomatie für jene, die sie am meisten benötigen"

Carne Ross gründete die Organisation "Independent Diplomat" (ID), welche sozial benachteiligten Ländern und Gruppen beisteht, indem sie ihre Stimmen hörbar macht, wo Schlüssel-Entscheidungen getroffen werden. Carne Ross wurde 2004 vom Joseph Rowntree Charitable Trust ausgewählt als eine der Jahrhundert-Visionäre. Er arbeitete sich bis in die obersten Ränge des britischen diplomatischen Dienstes hoch, entschied sich jedoch wegen des Betruges der britischen Regierung im Vorfeld des Krieges gegen den Irak im Jahre 2003 auszuschneiden. Er erklärte im Detail eine Reihe von Hauptproblemen moderner Diplomatie. Diese waren unter anderem: Diplomatie, die zu viele Bereiche unseres Lebens abdeckt, weitreichende Entscheidungen, die in wenigen Hauptstädten und internationalen Foren getroffen werden, einen Mangel an speziellem, lokal bezogenen Wissen bei jenen, die Entscheidungen treffen, und die herausragende Stellung, die der Staat in internationalen Beziehungen einnimmt. Machen sich manche von der Legitimation dieser Entwicklungen schuldig, in dem wir unsere eigene politische Verantwortlichkeit abgeben?

"Independent Diplomat" entstand aus der Erfahrung von Carne Ross beim UN Sicherheitsrat und im Kosovo. Die neue Verfassung des Kosovos wird in Wien von Ländern entworfen, zu denen weder das Kosovo noch sogar Serbien gehören. ID schaffte es, dass die Stimme des Kosovos bei Diskussionen der UN über seine Zukunft gehört wurde.

Wir können alle überzeugen, dass wir nicht annehmen, dass sie es "am besten wissen", sagte Carne Ross. Experten aus entfernten Ländern wissen oft sehr wenig, oder haben sogar noch nicht einmal auch nur einen Fuß in jene Regionen gestellt, über die sie besondere "Fachkenntnis" besitzen.

Wir sollten dem Recht auf Zugang zu Ministern und solchen, die für uns Entscheidungen treffen, aktiv nachgehen und uns daran erfreuen. Wir sollten dafür sorgen, dass unsere Stimmen gehört werden. Wir, als Quäker, wurden in unseren traditionellen Formen des Protests herausgefordert. Wirken Methoden wie friedliche Demonstrationen, schweigende Mahnwachen usw. nicht mehr? Dienen Rock-Konzerte und Petitionen nur dazu, dass wichtige politische Themen unserer Zeit trivialisiert werden? Wir müssen nach neuen Wegen Ausschau halten, damit unsere Stimmen gehört werden.

Falls Ihr an mehr Informationen interessiert seid, so schaut im Internet auf der Seite von Independent Diplomat nach: <http://www.independentdiplomat.com/>

Alan Pleydell: "Dem 'Nie mehr' eine Bedeutung geben"

Alan Pleydells Vortrag am Freitag Abend "Dem 'Nie mehr' eine Bedeutung geben: die internationale Verantwortung zum Schützen" forderte uns dazu heraus, tiefer über unser Friedenszeugnis nachzudenken. Könnten wir, als Quäker, trotz unsere Friedenszeugnisses, dazu bewegt werden, eine Intervention mitzutragen, wenn es um einen Genozid geht? Welches sind die moralischen Kosten, wenn man NICHT handelt? Man denke nur an Ruanda 1994 und Srebrenica 1995. Ist es möglich, sich

eine gut ausgerüstete, voll autorisierte und gemeinsame internationale militärische Intervention vorzustellen, die viele Leben rettet ohne danach zu schlimmeren Konsequenzen zu führen? War der Kosovo gerade so ein Fall? Alan betonte das große moralische Risiko auf beiden Seiten der Interventions- (etwas tun) und der Nicht-Intervention- (nichts tun) Argumente. Wo stehen wir? Und warum?

Alan Pleydells Workshop über "Dilemma von Macht und Vertrauen im Umgang mit der Vergangenheit in post-jugoslawischen Ländern" konfrontierte uns alle mit einer Schlüsselfrage. Erinnern wir uns oder vergessen wir? Können Menschen in diesen Ländern mit ihrem Leben einfach weitermachen, ohne zu wissen, was mit ihren Geliebten geschah und warum? Wo bleibt bei all dem die Gerechtigkeit?

Es hat dort bisher keine Wahrheitsfindungs- oder Versöhnungs-Kommissionen gegeben. Die öffentliche Skeptis reicht zu tief dafür. Im Prinzip ist das Ziel des Programms von QPSW über den Umgang mit der Vergangenheit einen Beitrag zu leisten für die "langfristige Herausforderung, die Kultur der Ablehnung in der Region abzubauen". QPSWs Repräsentanten sind "Einheimische, die in der lokalen Gesellschaft verwurzelt sind, und in der lokal gesprochenen Sprache arbeiten", und sie alle durchlebten die Kriege selbst. Sie erzeugen sichere Räume für die langsame und graduelle Enthüllung jener moralischen Komplexität dessen, was an verschiedenen Orten geschah, und fordern kollektive Mythen über die eigene [communal] Unschuld und Ablehnung von Schuld heraus - und bauen diese langsam ab. Welche Rolle spielen wir Quäker bei der Herbeiführung dieses langsamen und schmerzlichen Prozesses?

Das Friedensmuseum

Es überrascht niemanden, wenn er erfährt, dass es auf der Welt viele hunderte von Kriegsmuseen gibt – aber ein Friedensmuseum? Was mag das sein?

Peter Nias vom Friedensmuseum in Bradford in Großbritannien führte am Wochenende zwei Workshops durch, auf denen er uns Einblicke gab in die Arbeitsweise des Friedensmuseums. Er ging der Frage nach, wie man das Thema Frieden so interessant aufbereiten kann, dass es in das Konzept eines Museums passt, und er berichtete uns über die Öffentlichkeitsarbeit, die das Museum mit seinen fünf rollenden Ausstellungen durchführt.

Eine dieser Ausstellungen war während der gesamten Konferenz zu sehen und begleitete unsere Diskussionen über den Frieden.

Das Friedensmuseum in Bradford gehört zu den wenigen, die es auf der Welt gibt (es gibt etwa 100, die meisten davon in Japan), und es hat eine wachsende Zahl von Artefakten, Postern, Gemälden und Büchern, wobei 95 % seiner Arbeit sich außerhalb abspielt, durch die rollenden Ausstellungen, durch Workshops und durch die Website.

Eine der neuesten Initiativen – und eine der aufregendsten – ist eine Zusammenarbeit mit dem königlichen Waffenarsenal in Leeds, wo das Friedensmuseum eingeladen wurde, einen Friedensraum einzurichten. Er ist ab Ende 2006 geöffnet, und Freunde, die nach diesem Termin Leeds besuchen, werden ermuntert, ihn zu besuchen.

**Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA
Unterstützungsgruppe übersetzt worden
Sie ist auf der QCEA website www.quaker.org/qcea zu finden**

Nähere Einzelheiten erfahrt Ihr in unserem Bericht über die Konferenz, der Anfang 2007 erscheint. QCEA hofft, einige Leser von *Around Europe* bei der nächsten Konferenz 2008 begrüßen zu können!

Das QCEA-Team

Übersetzung: Helge Moog, Eckard Teichert